

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 46 (1954)
Heft: 5

Artikel: "Recession" und Gewerkschaften in den USA
Autor: Leichter, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353639>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das eine ist jedenfalls sicher: Die Menschen stehen einer wirtschaftlichen Krise nicht mehr wie einer Naturgewalt gegenüber, wie man das noch vor wenigen Jahrzehnten darzustellen beliebte. Es ist heute von der Wissenschaft wie auch von den fortschrittlich denkenden Wirtschaftspolitikern anerkannt, daß es *zahlreiche Mittel der Krisenvorbeugung und der Krisenbekämpfung* gibt. Die Instrumente sind einigermaßen bekannt, wenn auch ihre Anwendung noch zu wenig erprobt ist. Es ist daher noch eine gewisse Vorsicht geboten bei Experimenten mit einzelnen Mitteln. Das heißt nicht, daß man *nichts* unternehmen soll. Im Gegenteil — und das gilt auch für Europa —, die wirtschaftliche Entwicklung muß ständig genau verfolgt werden, und es müssen alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden, damit eine wirksame Prophylaxe und Therapie im richtigen Moment vorgenommen werden kann.

«Recession» und Gewerkschaften in den USA

Seit Monaten wird in den Vereinigten Staaten über die «Recession» — wie man im modernsten Englisch eine Wirtschaftsschrumpfung nennt, die noch oder überhaupt keine schwere Depression ist — diskutiert. Ueber die Diskussion hinaus ist freilich die Reaktion auf eine zweifellos vorhandene Wirtschaftsschrumpfung, eine Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit und einen Produktionsrückgang auf der einen, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite, nicht gediehen.

Anpassung an die Friedenswirtschaft — zu große Vorräte — baldiger Wiederaufschwung

Die erste Frage, die einige Wochen lang erörtert wurde, war: Haben wir es im gegenwärtigen Augenblick überhaupt mit einer Recession zu tun? Ist der Produktionsrückgang nicht viel mehr der Ausdruck einer gesunden Anpassung an das Ende des Krieges in Korea und das Auslaufen des großen Aufrüstungsprogramms, das selbst eingetreten wäre, wenn der Krieg in Korea nicht zu Ende gegangen wäre?

Dieses erste Stadium, das immerhin zwei kostbare Monate — November und Dezember 1953 — gekostet hat, ist vorüber. Die Tatsache einer Wirtschaftsschrumpfung wird kaum mehr bestritten. Es steht fest, daß die Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten von Juli 1953 bis Februar 1954 um mehr als 10 Prozent zurückgegangen ist. Es steht ebenso fest, daß die Arbeitslosigkeit um mehr als 50 Prozent größer ist als vor einem Jahr, daß die Gesamtsumme der persön-

lichen Einkommen in Amerika seit Juli 1953 gesunken ist und im Januar um 2 Milliarden Dollar (auf das Jahr umgerechnet) niedriger war als im Dezember.

Das zweite Stadium war von der Diskussion über folgende Fragen erfüllt: Handelt es sich anstatt einer Recession nicht eher um eine – «Inventar-Anpassung»? Diese bestünde in einer notwendig gewordenen Räumung der großen Lagervorräte, die infolge zu großer Produktion zu umfangreich geworden seien und verringert werden müßten, bevor die Produktion in vollem Umfang wieder aufgenommen werden könnte.

Dieses zweite Stadium ist nun ebenfalls überwunden. Obwohl eine Ueberdimensionierung der Vorratslager an sich keine Erklärung, sondern nur das Symptom einer tiefer liegenden wirtschaftlichen Schwierigkeit sein könnte, ist das Warten auf eine rasche Verringerung der Fertiglager in den Fabriken, etwa infolge der Weihnachts- oder Nachweihnachtsverkäufe, inzwischen zu einer leeren Hoffnung geworden. Nach den offiziellen Berichten des U.S. Department of Commerce (Handelsministerium) waren die Fabriken trotz der Einschränkung der Produktion und Verkäufen ab Lager im Januar nur imstande, den Wert der gesamten Fertiglagerbestände um 100 Millionen Dollar auf 46,18 Milliarden zu reduzieren. Die Lagervorräte waren Ende Januar noch immer um 2 Milliarden größer als ein Jahr vorher, obwohl die Produktion schon seit Monaten eingeschränkt worden war. Neue Aufträge, die einliefen, betrugen im Januar 20,4 Milliarden, um 4,8 Milliarden weniger als im Januar 1953. Daraus auf eine weitere raschere Abnahme der Lagervorräte zu schließen, wäre also eine Illusion.

Die dritte Etappe der Diskussion, die seit anfangs März im Gang ist, knüpft sich an folgende Frage: Zugegeben, es ist eine leichte Recession — ist nicht das Aergste schon vorbei, und beginnt der Aufstieg nicht bald?

Diese Diskussion führt in der Regel zu Spekulationen über die Zukunft. Denn Spekulation ist es, wenn man auf allerlei wirtschaftliche Wunder hofft, auf eine plötzliche Umkehrung der bisherigen Trends im Konsum und Einkommen oder auf eine Umkehr der Agrarpreise, die bisher zu einem Rückgang des Einkommens und der Kaufkraft der Landwirtschaft geführt haben oder auf einen Aufschwung in den Investitionen, die von den großen Unternehmungen zur Ausdehnung ihrer Produktion unternommen werden könnten. Denn warum sollte jemand große Investitionen riskieren, um die Produktionskapazität zu erhöhen, wenn nicht einmal die gegenwärtige voll ausgenutzt werden kann...

Man weicht einer ernsten Erörterung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme auch aus, wenn die Wirtschaftsoptimisten, die hauptsächlich nur mehr in der engsten Umgebung des Präsidenten Eisenhower und unter den führenden republikanischen Politikern zu suchen sind, auf

die Parallele zwischen der gegenwärtigen Recession und der im Jahre 1948/49 verweisen. Es ist zwar richtig, daß damals, nachdem die Welle der unerwarteten Nachkriegskonjunktur, der großen Kauflust der zivilen Konsumenten und der Investitionen zur Ersetzung und Erneuerung der im Krieg abgenützten Maschinen abgeebbt war, eine kurze Wirtschaftsschrumpfung eintrat. Es ist sehr lehrreich – vor allem zur Erkenntnis des Umfangs der gegenwärtigen Wirtschaftsschrumpfung –, den Rückgang damals und heute zu vergleichen:

		Wirtschaftsschrumpfung	
		Oktober 1948	Juli 1953
		bis April 1949	bis Januar 1954
		(+ Zunahme und — Abnahme in Prozenten)	
Industrielle Produktion		— 9	— 9
Erzeugung der Fabriken		— 8	— 9
Dauernde Güter		— 11	— 11
Metalle		— 13	— 20
Verarbeitete Metalle		— 15	— 8
Elektrische Maschinen		— 6	— 18
Andere Maschinen		— 13	— 10
Transportausrüstung		— 6	— 7
Instrumente		— 12	— 5
Steine, Erden, Glas		— 11	— 7
Holz- und Holzprodukte		— 17	— 8
Möbel		— 11	— 13
Nichtdauernde Güter		— 4	— 7
Textilien		— 17	— 20
Bekleidung		+ 2	— 13
Kautschukerzeugnisse		— 6	— 9
Leder und Lederprodukte		— 4	— 11
Papier und Papierprodukte		— 12	— 4
Druckerzeugnisse		— 2	— 1
Chemikalien		— 6	— 5
Petroleum und Erzeugnisse aus Kohle		— 4	— 4
Lebensmittel und Getränke		0	— 6
Tabak		— 4	— 8
Minerale			
Weichkohle		— 5	— 19
Erdöl und Erdgas		— 8	— 1
Metallbergbau		+ 8	— 14

Was immer dieser Vergleich bedeuten mag, es steht fest, daß in einzelnen Zweigen der industriellen Erzeugung die gegenwärtige Schrumpfung viel schwerer ist als die des Jahres 1949, insbesondere in den eigentlichen Konsumgüterindustrien und im Kohlenbergbau.

Der Vergleich zwischen der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der von 1948/49 bringt Ähnlichkeiten und Unterschiede zum Bewußtsein.

Die äußere Ähnlichkeit besteht darin, daß nach der großen Ausdehnung des Produktionsapparates während des Zweiten Weltkrieges und der Steigerung seiner Produktivität in der Investitionsperiode 1945 bis 1948 die Produktivität der amerikanischen Wirtschaft über die augenblickliche Aufnahmefähigkeit des Konsums gediehen war

– daher die Wirtschaftsschrumpfung. Die gegenwärtige Recession ist ebenfalls durch eine während des Koreanischen Krieges erfolgte und nun zum Abschluß gelangende weitere Expansion der Wirtschaft hervorgerufen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Produktivität der amerikanischen Stahlindustrie von 1950 bis 1953 um mehr als ein Fünftel von einer Jahresproduktion von 100 Millionen Tonnen auf 120 Millionen angewachsen ist. Noch rascher wächst die Aluminiumindustrie; sie wird Ende 1955, wenn die gegenwärtig noch im Gang befindliche Expansion abgeschlossen sein wird, das Zweieinhalbfache der Kapazität von 1950 haben. Während der Periode der gesteigerten Kriegsgefahr wurde für nicht weniger als 200 Industriezweige eine Expansion als notwendig erachtet und – durchgeführt.

Hoher Beschäftigungs- und Produktionsstand – trotzdem Recession

Diese Expansion, die zum größeren Teil bereits vollendet ist, erklärt auch die scheinbaren Rätsel, die die gegenwärtige Wirtschaftslage auch denen aufgibt, die ohne besondere politische Gründe auf die scheinbaren Gegensätze zwischen hohem Beschäftigungsgrad auf der einen Seite und schrumpfender Produktion verweisen. Nach den Berichten des Handelsministeriums hat es Ende Januar 59,7 Millionen Beschäftigte in der ganzen amerikanischen Wirtschaft gegeben, mehr als jemals im Januar, mit Ausnahme des Januars 1953, als 60,8 Millionen Beschäftigte gezählt wurden. In Gesamtziffern ist auch die industrielle Produktion sehr hoch.

Scheinbar herrscht also noch immer Hochkonjunktur mit einem sehr hohen Produktionsstand. Aber wenn man die Produktion im Verhältnis zur gestiegenen Produktionsfähigkeit betrachtet, ändert sich das Bild. Die Stahlproduktion, deren außerordentlich erweiterte Erzeugungsfähigkeit bereits erwähnt wurde, ist ein typisches Beispiel für die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme. Im Juli 1953 war sie zu mehr als 95 Prozent ihrer Produktionskapazität ausgenutzt. Seither ist die Ausnutzungsquote ständig zurückgegangen und im Dezember zum erstenmal seit Jahren auf weniger als 80 Prozent gesunken. Man erwartete, daß die Produktion im Februar auf den früheren Prozentsatz zurückkehren werde. Statt dessen ist sie in der letzten Februarwoche auf 70 Prozent gesunken. Aber in Tonnen gerechnet, ist die Stahlproduktion noch immer so groß, wie sie einer Ausnutzung der Stahlindustrie zu 80 bis 90 Prozent im Jahre 1950, das heißt vor der Erweiterung der Stahlindustrie, entsprach.

Darin liegt die Aufklärung der merkwürdigen Tatsache, daß über Charakter und Bedeutung der gegenwärtigen Schrumpfung weniger Übereinstimmung besteht, als sonst bei der Verfügbarkeit ausgezeichneter Statistiken erlaubt sein sollte. Die einen verweisen auf die absoluten Zahlen, die anderen auf das Mißverhältnis zwischen

der gegenwärtigen Produktion und der gegenwärtigen Produktionskapazität.

Dasselbe gilt von den Beschäftigungszahlen und den vorhandenen Arbeitskräften. Der Stand an Beschäftigten ist hoch, obwohl ernste Zweifel an der Exaktheit insbesondere der Arbeitslosenzahlen bestehen. Die Gewerkschaften haben wiederholt nachgewiesen, daß die Abnahme der Arbeitsplätze größer war, als es der Zunahme der Arbeitslosigkeit entspricht. Die Arbeitslosenstatistiken sind zum Teil auch darum unrichtig, weil zum Beispiel mehr als 125 000 Personen, die vom Bund abgebaut wurden, als nicht versichert in die Zahl der Arbeitslosen nicht einbezogen wurden. Ueberdies sind in die Statistiken jene nicht aufgenommen worden, die neu in den Arbeitsmarkt eingetreten sind, aber keine Beschäftigung finden konnten. Hier liegt nun eine der entscheidenden Ursachen für die Unklarheit über den Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Seit einem Jahr sind mehr als 700 000 Personen in arbeitsfähiges Alter hineingewachsen. Wenn sie also alle Beschäftigung gefunden hätten und keine Entlassungen vorgenommen worden wären, wäre die Gesamtzahl der Beschäftigten im Januar nicht um 1,1 Millionen niedriger als im Januar 1953 gewesen, sondern – um 1,8 Millionen höher.

Ständige Expansion unerläßlich!

Hier ergibt sich also dasselbe Bild wie bei der Produktion: *im Verhältnis* zur Ausdehnung der Wirtschaftsgrundlagen ist die gegenwärtige Beschäftigung, was sowohl die Zahl der Beschäftigten wie den Umfang der Produktion betrifft, nicht groß genug. Angesichts der ständigen Expansion sowohl der amerikanischen Bevölkerung wie der Produktionskapazität ist jeder Stillstand der Produktion ein Rückschritt.

Wenn sich die amerikanische Wirtschaft nicht *ständig* ausdehnt, *müssen* sich Ungleichmäßigkeiten und Produktionseinschränkungen ergeben. Das ist das gegenwärtige Wirtschaftsproblem. Es hat eine gewisse äußere Aehnlichkeit mit jenen Kräften, die zur vorübergehenden Recession von 1948/49 führten. Aber die Produktionsausdehnung, durch die die amerikanische Wirtschaft in den letzten vier Jahren hindurchgegangen ist, war rascher und intensiver als die der ersten Nachkriegszeit.

Viel wichtiger ist aber ein zweiter Unterschied. Die Recession 1948/49 wurde überwunden, als das große Rüstungsprogramm aufgenommen und die intensive Produktionserweiterung nach Beginn des koreanischen Krieges einsetzte. Da zu hoffen ist, daß eine solche «Wirtschaftsbelebung» nicht eintreten wird und da die amerikanische Regierung ebenso wie die Wirtschaft mit einer Umstellung auf Friedensproduktion und -konsum rechnet, wäre es doppelt notwendig, sich schon jetzt nach Mitteln umzusehen, die die Wirtschaftsschrump-

fung zum Stillstand bringen und eine neue Erweiterung der gesamten Wirtschaftstätigkeit auf der Grundlage der Friedensproduktion bringen könnten.

So stellt sich das große Wirtschaftsproblem des Augenblicks anders dar, als die Optimisten es bisher darstellten. Es ist nicht allein eine Anpassung der amerikanischen Wirtschaft auf Friedensproduktion, sondern an eine Friedensproduktion in einem Umfang, wie es bisher noch nie gekannt wurde, sowohl wegen der außerordentlichen Expansion der amerikanischen Produktionskapazität wie auch wegen der Zunahme der vorhandenen Arbeitskräfte. Ohne eine planmäßige Erweiterung des Konsums, sowohl in den Einzelhaushalten wie auch des öffentlichen Verbrauchs zum Beispiel beim Bau von Schulen, Spitälern und Straßen ist eine Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftsfrage nicht zu erwarten.

Investitionen u n d Konsum

Die Ausdehnung der amerikanischen Industrie hat sich in den letzten Jahren wegen der Notwendigkeiten der Rüstungsindustrie und wegen der wirtschaftlichen Mobilisierung für eine mögliche Kriegsproduktion sehr stark in den Produktionsgüterindustrien entwickelt. Es ist also eine sich gleichmäßig auf alle Segmente der Wirtschaft erstreckende Beschäftigung nicht möglich, ohne daß sich gleichzeitig mit den unmittelbar dem Konsum dienenden Industrien auch der Bedarf nach Produktionsgütern steigert. Es sind also auch weitere Investitionen, weitere Bauten notwendig, hat es sich doch in den Jahren 1945 bis 1948 und dann wieder 1950 bis 1953, also während der Perioden der Vollbeschäftigung gezeigt, daß die Verwendung großer Kapitalien für Investitionen zu Vollbeschäftigung führten.

Im Durchschnitt der Jahre 1945 bis 1948 wurden 18 bis 20 Milliarden, 1950 bis 1953 25 bis 28 Milliarden im Jahr an Investitionen ausgegeben. Diese langfristigen Ausgaben aufrechtzuerhalten, aber solche Wirtschaftsausdehnung im Hinblick auf gesteigerten Konsumbedarf zu planen, ist eine der großen Wirtschaftsaufgaben.

So kann das Wirtschaftsproblem nicht bewältigt werden, wenn es nicht von beiden Seiten her angegriffen wird. Aber daß es zwei Seiten gibt, von denen aus der konzentrische Angriff gegen die Krisengefahren unternommen werden muß, hat zu einer weiteren Diskussion geführt. Denn die Unklarheit, die bisher in den Vereinigten Staaten alle Aktionen gegen die Schrumpfung gehemmt hat, hat sich nicht nur auf die Diagnose, sondern auch auf die Behandlung der Krankheit ausgedehnt.

Die amerikanischen Gewerkschaften, die zu den ersten gehörten, die warnten, haben sowohl auf Grund ihrer Erfahrungen in den letzten zwei Jahrzehnten wie im Sinne ihrer allgemeinen Wirtschafts-

auffassung den Standpunkt vertreten, daß eine Erweiterung der Wirtschaftstätigkeit, besonders in einer Zeit, in der die Rüstungsproduktion zum Teil ausfällt, durch Konsumsteigerung erreicht werden muß, daß diese zumindest der *erste* Schritt zur Wiederankurbelung der Wirtschaft ist. Die Gewerkschaften haben sich zu diesem Standpunkt um so entschiedener veranlaßt gesehen, als eine der ersten Einbrüche in die industrielle Front dadurch erfolgt ist, daß die amerikanische Landwirtschaft infolge des Preissturzes für landwirtschaftliche Produkte seit Ende 1952 in eine Lage versetzt wurde, in der die Farmer weniger Kaufkraft hatten. Dies hat sich zum Beispiel sofort in der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie fühlbar gemacht — ein sehr anschaulicher Beweis dafür, daß Konsumkraft aufs engste auch mit der Beschäftigung der Konsumgüterindustrie zusammenhängt. Selbstverständlich hat sich die etwa achtprozentige Einkommenssenkung, die die Landwirtschaft im Jahre 1953 erlitten hat, auch auf den Absatz anderer Konsumgüter — die meisten industriellen Produkte — in agrarischen Gegenden reduziert.

Gewerkschaftliche Vorschläge zur Wirtschaftsankurbelung

So hat es unter den amerikanischen Gewerkschaften von allem Anfang an keinen Zweifel über ihre Forderungen zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung gegeben. Es war: Wirtschaftsankurbelung durch Steigerung der Konsumkraft. Daneben: Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Investitionen, das heißt also ein produktives Programm arbeitsschaffender Projekte, wie Damm- und Elektrifizierungsbauten, Schulbauten und Spitalbauten, an denen die Gewerkschaften aus kulturellen und aus sozialen Gründen besonders interessiert sind.

Die Steigerung der Konsumkraft steht im Vordergrund aller Programme, sowohl des Sieben-Punkte-Programmes, das die AFL auf der Wintertagung ihres Ausschusses in Florida und der CIO in mehreren Kundgebungen betont haben, zuletzt wieder in der Tagung des Ausschusses des CIO und in einer Erklärung, die sein Präsident, *Walter Reuther*, vor dem zuständigen Kongreßausschuß abgab. In einer Lage wie der gegenwärtigen kommt es vor allem darauf an, die Konsumkraft der schlechtest bezahlten Arbeitergruppen zu verbessern und so gewissermaßen einen Boden zu schaffen, unter den das Einkommen nicht sinken könne. So haben die Gewerkschaften seit vielen Monaten die Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne in den Vordergrund ihrer Forderungen an den Kongreß gestellt. Die gegenwärtigen Mindestlöhne sind 75 Cents, bei einem Durchschnittslohn von 1.60 Dollar. So unrealistisch der gegenwärtige Mindestlohn ist, so sind doch mehrere Millionen Arbeiter an einer Erhöhung interessiert, denn sie erhalten nicht mehr, manche von ihnen sogar weniger als die Mindestsätze. Der frühere Arbeitsminister *Martin Durkin*,

der im Konflikt mit Eisenhower zurückgetreten und in die Reihen der Gewerkschafter zurückgekehrt ist, hat eine Erhöhung der Mindestlöhne auf einen Dollar – die Gewerkschaften forderten 1.25 Dollar – vorgeschlagen. Sein Nachfolger hat sich zwar an keine bestimmte Summe gebunden, aber eine sofortige Erhöhung für notwendig erachtet. Präsident Eisenhower hat sich aber über den Vorschlag beider Minister hinweggesetzt und in einer Botschaft an den Kongreß erklärt, er halte eine Erhöhung der Mindestlöhne im Augenblick nicht für tragbar.

Die Lohnbewegungen, das ursprünglichste und natürlichste Mittel, die Konsumkraft der Arbeiter zu steigern, gehen weiter. In einigen Monaten werden die Verhandlungen in der Stahlindustrie beginnen, und sie werden Aufschluß darüber geben, was Gewerkschaften und Unternehmer in der gegenwärtigen Lage der Industrie in Aussicht nehmen. Aber in Zeiten, in denen die Betriebe nicht voll ausgenützt sind, wird kaum eine entscheidende Lohnerhöhung zu erreichen sein. Dagegen scheinen die Gewerkschaften vor allem auf die Sicherung der Arbeiter in den Betrieben großen Wert zu legen. In diesem Zusammenhang spielt der sogenannte «garantierte Jahreslohn» eine Rolle. Eine solche Vereinbarung, wie sie insbesondere von der Stahlarbeitergewerkschaft und der der Automobilarbeiter angestrebt wird, würde bedeuten, daß die Arbeiter entweder die Garantie einer Beschäftigung für ein volles Jahr oder im Falle vorzeitiger Entlassung einer Entschädigung für den Rest des Jahres entweder in der Form eines Unternehmerzuschusses zur Arbeitslosenunterstützung oder in einer anderen Form hätten. Eine andere Vereinbarung, die von anderen Gewerkschaften gesucht wird, ist eine Verringerung der Arbeitszeit entweder mit vollem Lohnausgleich oder mit der Anerkennung der Ueberstundenentschädigung für Arbeit über die verringerte Arbeitszeit hinaus. Die Damenkleidergewerkschaft, eine der größten Gewerkschaften in Neuyork City, hat erklärt, daß sie versuchen wird, 35stündige Arbeitszeit und die anderthalbfache Bezahlung für jede Ueberstundenarbeit darüber hinaus durchzusetzen. Sollte sich die Recession verschärfen, so ist wohl überhaupt zu erwarten, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich auftauchen wird. Inzwischen haben vor allem die Automobilarbeiter die Viertagewoche in den meisten Automobilfabriken für Januar und Februar akzeptiert, um größere Entlassungen zu verhindern.

Steuerermäßigung und Wirtschaftsankurbelung

Aber die Forderung der Gewerkschaften nach Maßnahmen zur sofortigen Steigerung der Konsumkraft erstreckt sich auch auf das Steuergebiet. Im allgemeinen ist in den Vereinigten Staaten die Lehre der modernen Nationalökonomie anerkannt, daß in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten Steuerermäßigungen als Antrieb ge-

währt werden sollen. Diese Theorie hat im Augenblick um so größere aktuelle Bedeutung, als Steuerermäßigungen in den Vereinigten Staaten nach Beendigung jedes Krieges im Vordergrund standen und als die Republikaner bei ihrer letzten Wahlkampagne vorsichtig genug waren, Steuerermäßigungen zu versprechen. Nun erwarten die Amerikaner die Erfüllung dieses Versprechens.

Was die Gewerkschaften fordern, ist durchaus im Einklang mit ihrer Theorie und Praxis, daß eine Recession, die sich in übergroßen Lagervorräten und infolgedessen reduzierten Produktionsaufträgen äußert, *zunächst von der Konsumseite* bekämpft werden muß. So haben die Gewerkschaften eine Steuerermäßigung gefordert, die vor allem den kleinen Einkommen zugute kommen soll. Im Kongreß haben die Demokraten Anträge gestellt, die eine Erhöhung der steuerfreien unteren Grenze von gegenwärtig 600 Dollar sofort auf 800 Dollar und in einem Jahr auf 1000 Dollar erhöht. Das wäre eine Steuerermäßigung, die für alle Arbeiter und die meisten Angestellten sehr deutlich in einer praktischen Einkommenserhöhung fühlbar wäre.

Dieser Forderung der Gewerkschaften — und der Demokraten im Kongreß — steht eine aus anderen wirtschaftlichen Erwägungen und Theorien fließende Auffassung der Republikaner gegenüber, die in dieser Frage Ansichten der Unternehmerkreise wiedergeben. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß es wichtiger ist, die Investitionen anzuspornen, indem man neuen Anreiz für das Kapital schafft. Aus diesem Grunde haben die Republikaner vor allem Steuerermäßigungen auf die Dividendensteuer vorgeschlagen, überdies verschiedene Aenderungen technischer Details der Einkommenssteuer, die beträchtliche Ermäßigungen für große Einkommen ermöglichen würde.

Der alte Irrglaube an die Unternehmerprofite und ihren wirtschaftlichen Nutzen

Es ist der alte Streit zwischen den sogenannten «Incentives», den Antriebsmitteln für die Kapitalbesitzer, noch größere Gewinne zu erreichen — und der Massenkaukraft als der solidesten Stütze der Vollbeschäftigung. Statistiken stehen gegen Statistiken — auf der einen Seite die Summe der Kapitalien, die in den letzten Jahren der Vollbeschäftigung investiert wurden, gegen die durchschnittliche Einkommenssteigerung der Amerikaner, die die Grundlage gesteigerter Konsumkraft war,

Und es ist der alte Streit, ob die Henne oder das Ei früher waren: ob der gesteigerte Konsum die Produktion und damit auch ihre Expansion und Investitionen fördert oder ob diese Arbeit schaffen und damit mehr Konsumkraft erzeugen.

Dieser Streit ist von den Republikanern entfacht worden, weil er ihren praktisch-politischen Bedürfnissen dient, ihren Hintermännern

in «Big Business» entsprechende Steuerermäßigungen zuzuschneiden und auf diese Weise Profitsteigerungen zu ermöglichen. Es ist die alte Täuschung, daß eine Wirtschaftskrise oder -schrumpfung durch Antriebsmittel für die Kapitalisten beseitigt werden könnte. Dieser Irrglaube ließ die Republikaner bisher in Untätigkeit gegenüber der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verharren.

So sind mit den verschiedenen Etappen der Diskussion wertvolle Monate verloren gegangen. Es ist richtig, daß die Wirtschaftsschrumpfung am Anfang, im Herbst 1953, nicht sehr gefährlich war oder eher gewesen wäre, wenn man sofort mit wirksamen Gegenmaßnahmen eingesetzt hätte. Aber je länger Regierung und Kongreß zögern, desto schwerer wird es werden, das vergrößerte Gewicht der Abwärtsbewegung der Wirtschaft durch ein Gegengewicht zum Stillstand zu bringen. Die Verschärfung der Recession ist durchaus nicht unvermeidlich. Aber je länger sie andauert, ohne daß sie gezügelt wird, desto unregelmäßiger droht sie zu werden. Es ist die Politik, die der Wirtschaft zum Schicksal wird. Es ist die falsche Politik, die die Gewerkschaften anklagen und gegen die sie sich bisher zur Wehr zu setzen versuchten. Es ist in Amerika nicht anders als anderswo: im wirtschaftspolitischen Kampf stehen die Gewerkschaften als Anwälte der wirtschaftlichen Vernunft der politischen und wirtschaftlichen Unvernunft gegenüber.

Otto Leichter, Newyork

Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht

Es ist eine Eigentümlichkeit des sozialen Kampfes der Lohnverdiener, daß er beständig über die einmal erlangten Resultate hinaustreibt.

Ausgehend von Bemühungen um bessere Löhne und Arbeitszeitverkürzung, sich auflehnend gegen übermäßige Frauen- und Kinderarbeit, gegen Schändlichkeiten des Trucksystems, vermehrte Hygiene in den Betrieben fordernd — wird der Rahmen der angestrebten Verbesserungen immer weiter gespannt, umfaßt gesetzlichen Arbeiterschutz, Sozialversicherung, berührt Fragen der Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig geht der Kampf über von der primitiven und spontanen zur organisierten Form. Der Sozialpartner wird zur Anerkennung der Organisation gezwungen, muß sich zum Abschluß von Kollektivverträgen bequemen. In neuester Zeit drängt das Recht der Mitsprache und der Mitbestimmung nach vorn.

Die Arbeiter und Angestellten seufzen nicht nur unter dem Druck ungenügender Löhne, sie leiden auch unter der Monotonie ihrer Beschäftigung und unter der Unsicherheit ihrer Existenz. Sie fühlen, daß diesen und vielen andern sozialen Uebeln nur abzuhelpen ist unter der Bedingung, daß sie selbst bei der Festlegung der sozia-